

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Challen-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Verlagskonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Gerne:

„Tagblatthaus“ Nr. 655-88.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.
Verlagskonto: Frankfurt a. M. Nr. 7125.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 2.— monatlich, M. 6.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Porto. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 80 Pf. für örtliche Anzeigen; M. 1.20 für auswärtige Anzeigen; M. 4.— für örtliche Reklamen; M. 6.— für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlich. — Anzeigen-Nachnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr mittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Rechner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Mittwoch, 4. Februar 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 58. • 68. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 des Artikels der Verordnung Nr. 2 der hohen internationalen Kommission der besetzten Rheinlande vom 10. Januar 1920 sind die bevollmächtigte Macht, die deutschen Polizeibehörden, die Feuerwehreinheiten, Post- und Fernschreiber in Uniform verpflichtet, die Fahnen und die Offiziersuniformen der alliierten Mächte zu grüßen.

Die anderen Beamten in Uniform (Eisenbahn-, Post- und Straßenbahnbeamten), welche während der Zeit des Waffenstillstands zu grüßen verpflichtet waren, sind von dieser Verpflichtung befreit.

Le Chef d'Escadron, Délégué de la

H. C. L. T. R. dans le Cercle de Wiesbaden-Ville:
TOUSSAN.

Der Ministerbesuch im Rheinland.

Am 3. Febr. (Drahtbericht.) Im Reichstag fand heute vormittag ein Empfang der preussischen Minister statt. Der Oberbürgermeister sagte in seiner Begrüßungsansprache u. a.: Das Rheinland steht jetzt unter fremdem Druck, doch gebietet es die Gerechtigkeit, zu sagen, daß die oberste britische Verwaltung verständnisvoll und sogar teilnehmendes Mitleid für das Land zeigt. Das Leid des Rheinlandes sei jetzt schwerer für die freihetlich gekämpfte Bevölkerung. Es werde aber nicht immer durch verständnisvolles Mitleid für das Land jezt seitens des Rheinlands gemildert. Alle aber konnten nur ein Ziel, nämlich ein großes, hartes, geachtetes einiges deutsches Vaterland. — Ministerpräsident Dietrich erklärte u. a.: Wir ergreifen die erste Gelegenheit, persönlich in engerer Fühlung mit dem Rheinland zu treten. Der Druck, der durch die Befragung auf dem Lande lastet, wird von uns ebenso als gemeinsame schwere Last empfunden. Wir erleben, daß unsere Versuche zur Milderung der dem Rheinland auferlegenen Verwaltungsmaßnahmen nicht erlösende Wirkung zeigen. Ein nicht geringes Maß davon der Geist der rheinischen Bevölkerung dazu tun. Nicht nur äußerlich, sondern auch die Staatsregierung war und ist vor allen jenen Versuchen, die Rheinlande loszuretten aus ihrer staatlichen Abhängigkeit, in der Hoffnung, dadurch Ziele zu erreichen, die letzten Endes doch nur durch die Trennung vom Reich verwirklicht werden können. Die daraus entstehenden Gefahren wollen wir gemeinsam mit Ihnen tragen. So weit dabei staatspolitische Erwägungen mit sprechen, bedarf es einer besonderen klaren Aussprache. Es ist nicht richtig, daß das Bedürfnis nach staatlicher Anstaltung am Rhein begründeter wäre als irgendwo sonst. Andererseits kann darüber kein Zweifel sein, daß die staatliche Anstaltung, wie sie im werdenden Staaterecht des großen Deutschen Reiches sich zu gestalten beginnt, nie den Versuch machen würde, dem Lande diejenige von seiner kulturellen Eigenart zu nehmen, was es mit Recht für sich fordern dürfte. Das gilt für jeden Deutschen genau gleichmäßig. Es gilt gleichmäßig für das gesamte deutsche Volk. Wenn Sie sich das durch die Losbreitung des Volkes am Rhein und nach der Niederlage vor Augenwärtigen, so werden Sie eher geneigt sein, auch den Abschwung dieser Schichten bei ihrem Streben zum Aufstieg milder zu beurteilen. Glauben Sie nicht, daß das Streben der wertvollen Völker nach Mitbestimmung einem verantwortungsvollen Nachdenken entspringt, sondern daß es sich seiner Pflicht und Verantwortung voll bewusst ist, ein freies Volk in einem freien Lande zu sein. Die dem Gedanken bei unserer Zusammenkunft im Namen der preussischen Regierung Ausdruck zu verleihen, ist mir sehr bedeutsam. — Finanzminister Südekum besprach die Hilfeleistung für die Hochwasseropfer und betonte, für unsere Zukunftsbahn, für unsere Kinder muß sofort gesorgt werden. Um den Kindern, namentlich der armen Eltern, den Lebensunterhalt zu ermöglichen, überreichte der Minister als Beihilfe der Staatsregierung dem Oberbürgermeister eine Anweisung auf 100.000 M.

Am 3. Febr. Am Nachmittag hatten die preussischen Minister eine mehrstündige Besprechung mit Vertretern von Handel, Industrie, Gewerbe und Handwerk zur Erörterung aller das Rheinland betreffenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Vom Ministerpräsidenten wurde das Verfahren geordnet, in eine ernsthafte Prüfung aller verkehrlichen Wünsche und Beschwerden einzutreten. Die letzten Überlegungen der auch zugleich Reichsministerien betreffen, wurde von allen Seiten der Wunsch geäußert, sich in nächster Zeit auch Gelegenheit zu einer näheren Besprechung mit dem Reichswirtschaftsministerium zu verschaffen. Der Ministerpräsident konnte bereits als Zeitpunkt dieser Besprechung den 9. Februar bestimmen in Aussicht stellen.

Maurice Barrès über die französische Rheinpolitik.

Am 3. Febr. Maurice Barrès erklärt im „Echo de Paris“ u. a., er würde am Donnerstag in London über die französische Rheinpolitik interpellieren. Die Lebensmittel- und die Kohlenkrise würden in den besetzten Gebieten zugunsten des übrigen Deutschlands erschwert. So reduziere die deutsche Regierung in ungerader und übertriebener Weise den Kohlenanteil für die Fabriken des linken Rheinufers und bediene die rechtsrheinischen Fabriken besser. Auch was die Lieferungen an Frankreich betreffe, würde den linksrheinischen Kohlenagenden ein verhältnis-

mäßig stärkerer Anteil zufallen als den rechtsrheinischen. Die Rheinlande dürfen nicht über die Absichten Frankreichs in Unwissenheit gelassen werden. Die französische Regierung schwankt offenbar zwischen verschiedenen Systemen. Heute eher müsse ihr Programm sein, eine intellektuelle und wirtschaftliche Tätigkeit in den Rheinlanden zu entfalten, damit die rheinische Bevölkerung in der germanischen Konjunktation durch eine genaue Kenntnis der wohnenden französischen Zivilisation endlich den Wunsch, den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten, zur Geltung bringe. Das rheinische Volk sei in keiner Weise pazifistisch und hänge mehr an den Werken des Friedens als am Krieg. Es sei auch für materielle Befriedigung. Wenn Frankreich ihm die verschaffe, dann gewinne es zwar nicht seine ganze Seele, aber man ehe den Weg dazu. Die wirtschaftliche Lage der Rheinlande sei schon wesentlich besser als die im übrigen Deutschland. Man müsse den Rheinländern ein besonderes Wirtschaftstatut geben, damit es eine Sonderstellung in Deutschland habe. Aber eine detaillierte Tatigkeit könne nicht durch das französische Volk ohne Einverständnis mit dem rheinischen Volk entfaltet werden. Deshalb müsse ein französisch-rheinisches Wirtschaftskomitee gebildet werden. Von französischer Seite müßten uninteressierte Männer herangezogen werden, die in deutschen Dingen bewandert seien, und von rheinischer Seite müsse das Komitee Vertreter aller Parteien einschließen der Sozialdemokraten, enthalten. Dieses Komitee soll Barres als das erste Organ zur Herbeiführung eines französisch-deutschen Kontaktes auf.

Die Auslieferungssfrage.

Die Übergabe der Auslieferungsliste.

Am 3. Febr. (Drahtbericht.) Das Sekretariat der Reichsregierung ließ Herrn v. Ledebur die Liste der Auslieferungssachen zu übergeben.

Am 4. Febr. (Drahtbericht.) Das Sekretariat der Reichsregierung ließ Herrn v. Ledebur die Liste der Auslieferungssachen zu übergeben. Die Liste der Auslieferungssachen ist mit der Liste der Schuldigen übergeben. Die Liste der Schuldigen weist alle Einwendungsverfugungen deutscherseits zurück und betont, daß die Alliierten auf der genauen Innehaltung des Artikels 228 des Vertrages von Versailles bestehen. Frankreich und Belgien fordern je 334 Schuldige, England ungefähr 60. Außer dem Kronprinzen befinden sich die Prinzen Eitel, Friedrich und Oskar von Preußen auf der Liste.

Am 3. Febr. Die Vorkonferenz, genehmigte heute den Text der Note, die am Nachmittag durch Herrn v. Ledebur mit der Liste der Auslieferungssachen übergeben werden soll. Die Konferenz beschäftigte sich sodann mit dem Entwurf einer neuen Note an Holland über die Auslieferung der deutschen Gefangenen. Zu einer Einigung ist es aber noch nicht gekommen. Nach dem „Journal des Débats“ ist aber vorerst noch nicht mit Verhandlungen zu rechnen, die bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Holland und der Seeblockade gehen.

Ein Internierungsvorschlag Hollands?

Am 4. Febr. (Drahtbericht.) Havas meldet aus London vom 4. Februar: „Daily Chronicle“ will wissen, daß Holland der Alliierten die Internierung des Exkaisers in dem Hause, welches letzterer gegenwärtig bewohnt, vorschlägt. Diese Frage wird bei der nächsten Londoner Konferenz von den Premierministern von Frankreich, England und Italien geprüft werden.

Der holländische Kredit.

Erzberger über die Wirkung des Finanzabkommens.

Am 3. Febr. Einem Vertreter des „Berl. Tagblattes“ erklärte Erzberger über das deutsche Finanzabkommen mit Holland u. a.: Wir brauchen während zweier Monate keine deutsche Mark ins Ausland zu geben. Damit will ich aber nicht sagen, daß wir diesen Kredit in zwei Monaten ausschöpfen werden. Der Vertrag ermächtigt uns, für 60 Millionen Gulden Lebensmittel aus Holland zu beziehen. Aber die anderen 140 Millionen Gulden können wir jederzeit anderweitig verfügen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Öffentlichkeit erfährt, daß auch nicht ein einziger Pfennig Provision bei diesem Abkommen ausbezahlt worden ist. Im großen Ganzen stelle das Abkommen ein Vertrauensvotum für die deutsche Arbeit dar. Das zeigt auch daraus hervor, daß nur deutsche Schatzscheine in Pfund abgegeben worden sind. Die Darlehensbedingungen sind angemessen. Es werden 6 Prozent verzinst. Die Rückzahlung erfolgt nach zehn Jahren. Es ist Arbeit vorhanden und es sind nunmehr auch Rohstoffe vorhanden. Wenn die Bergarbeiter Kohlen beschaffen, dann wird es keine Feiertage, keine Arbeitslosigkeit und keine Arbeitsnot geben. In dem deutschen Treuhänderkonfession für die Durchführung des Abkommens werden auch Konjunktur- und Arbeiterführer sitzen. Für

das deutsche Volk gibt es nur ein Gespinnst, die Arbeitslosigkeit. Die Ersätze der Aullärung sind nicht auszuliefern. Im Rheinland und in Westfalen ist die Sechskundensicht abgelehnt worden. Auch glaube ich, daß die Bergarbeiter sogar bald überstanden machen werden. Es muß dringend darauf hingewiesen werden, daß wir in diesem Jahr mindestens 25 bis 30 Millionen Tonnen Kohlen mehr benötigen als im vorigen Jahr.

Auch Solz abgelehnt?

Berlin, 3. Febr. Die Reihe der Ablehnungen wird durch die „Neue Berliner Zeitung“ um einen weiteren Namen vermehrt. Es handelt sich um Dr. Solz, der für Tokio bestimmt war. Auch gegen seine Ernennung soll von Japan aus ein ziemlich deutliches Abwinken erfolgt sein. Bereits bei der Veröffentlichung der Geschäftsträgerliste fiel auf, daß in dem halbamtlichen Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zur Wollliste die Namen Dr. Rosen und Dr. Solz nicht erwähnt wurden. Die weitere Meldung, daß als Nachfolger Solz der frühere Generalkonsul Thiel bestimmt sei, ist deshalb zum mindestens gerücht, weil an amtlicher Stelle für die Ablehnung Solz's noch keine zuverlässige Bestätigung vorliegt.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung.

Am 4. Febr. (Drahtbericht.) Die Nationalversammlung wird am Dienstag, 24. Februar, ihre Verhandlungen wieder aufnehmen, um nach dem Wunsch des Reichsfinanzministeriums bis zum 10. März die noch unerledigten Finanz- und Steuerangelegenheiten zu erledigen, die am 1. April in Kraft treten sollen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen alle Steuerangelegenheiten erledigt sein, um die Neuordnung der Steuern am 1. April ohne erhebliche Störungen durchführen zu können. Nach Erledigung der Steuerangelegenheiten wird die Nationalversammlung nach die neuen Wahlgesetze für Reichstag und Reichspräsident erledigen und Ende März eine längere Osterpause antreten. Der neue Etat für 1920 geht dem Hause voraussichtlich Anfang März zu, so daß seine erste Lesung noch vor Ostern erfolgen kann.

Die „Heldentaten von Fiume.“

Mahnahmen der italienischen Regierung.

Am 3. Febr. (Drahtbericht.) Die Regierung ließ am Montag und Dienstag in Lorent und Bari Emisäre der Fiumer Regierung verhaften, die sich bei der Fiume und Marittima nach Komplizen umsehen. — Wie der „Messaggero“ meldet, verhafteten Carabinieri in Bari einen Schiffskapitän, einen Maschinenmeister und einen Emisäre, die verhafteten, die Befehlshaber der Unterseeboote der Flottenboote in Fiume zu befehlen und einen Teil der Unterseeboote nach Fiume überzuführen. Die Verhafteten gehören der Legion von Fiume an. — Die Rückberufung des Generals Caviglioglio nach Rom ist auf den Wunsch der italienischen Regierung zurückzuführen, den „Heldentaten von Fiume“ ein Ende zu machen und vor allem die Befreiung des Generals Riga zu erreichen.

Am 3. Febr. (Drahtbericht.) Fünf Legionäre in Anzio wurden verhaftet, weil sie Anzio zur Desertion nach Fiume überreden wollten. Ein Ausblick auf die Vorräume der Divisionstendentur in Fiume militärische, neun Subalternoffiziere und ein Unteroffizier blieben in Händen der regulären Truppen.

Sowjetrußland und Polen.

Ein neuer Reichensvorschlag der Sowjetregierung.

Am 3. Febr. (Drahtbericht.) Die Sowjetregierung hat an Polen einen neuen Friedensvorschlag gelangen lassen. Sie vertritt darin, daß kein gegen Polen gerichteter Ankommen mit Deutschland bestehe. So lange noch Hoffnung auf Verhandlung da wäre, würde die Offensive gegen Polen zurückgehalten werden.

Die Bergarbeiter.

Tariffestimmung im rheinisch-westfälischen Bergbau.

Am 3. Febr. Unter Mitwirkung des nach Wien entsandten Vorkonferenz der Reichsregierung, des Reichsfinanzministeriums Dr. Vedenstein aus Berlin, und des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Brüning wurden gestern nach die Tarifverhandlungen im rheinisch-westfälischen Bergbau zu einem glücklichen Abschluß gebracht. Die Perleure erhalten u. a. eine wesentliche Erhöhung der Löhne, Abzug von Steuern und längerer Urlaub. Durch diese Verbesserung werden die Bergleute in besonderem Maße befähigt, auch unter den schwierigen Ernährungsverhältnissen ihren mühseligen Beruf auszuüben. Durch den Abschluß der Tarifverhandlungen wird die dem Ruhrbergbau dringend notwendige ruhige Weiterentwicklung gewährleistet. Bei Abschluß der Verhandlungen erklärte sich der Föderationsrat bereit, freiwillig rund zwölf Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, die nach näherer Vereinbarung mit den Bergarbeitern eine besondere Verwendung zur Erhöhung der Löhne für einen bestimmten Zeitraum finden sollen.

Am 4. Febr. Zum Abschluß der Tarifverhandlungen im rheinisch-westfälischen Bergbau wird ergänzend gemeldet: Alle über 20 Jahre alten oder längere Arbeiter erhalten ab 1. Februar eine zweimonatliche

